

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangolohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 89 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gefaltene Bettzeit kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 8, II. zu senden.

Nr. 5.

Sonntag, den 4. Februar.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gest. Beachtung!** Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## In den Orkus.

Geschäftige Ruhändler sind wohl noch eifrig bemüht, den Tabak unbedingt höher zu belasten, aber der allgemeine Unwille über die ununterbrochenen Beunruhigungen und die nun durch die Steuererlässe unternommene Schädigung der Tabakindustrie erschwert ihnen den traurigen Schacher.

Wie durch die Tagespresse bekannt ist, hat das Zentrum in der Steuerkommission des Reichstags den Antrag gestellt, die Verzollung des Rohtabaks wie bisher auf 85 Mk. und die Inlandssteuer auf 45 Mk. pro Doppelzentner zu belassen. Da der Zoll auf Rohtabak das Hauptstück der Tabaksteuerung ist, so fiel damit der schädlichste Teil der Tabaksteuervorlage. Das ist denen, die unter allen Umständen alle Lasten des Reichs auf die unteren Klassen wälzen wollen, unangenehm und sie suchen wenigstens noch etwas aus dem Tabak herauszuschlagen. Im Einverständnis mit dem Schatzsekretär machen sie Stimmung für eine Zollerhöhung auf Rohtabak von 85 auf 100 Mk. pro Doppelzentner; sie werden damit aber kein Glück haben, denn alle Parteien haben sich für die Ablehnung der Regierungsvorlage resp. des Rohtabakzolls sehr stark engagiert, so daß ihnen der Umfall nicht leicht würde.

In der Steuerkommission gab sich am 30. Januar der Schatzsekretär Freiherr v. Stengel zwar noch der Hoffnung hin, daß es zwischen der 1. und 2. Lesung des Gesetzes in der Kommission noch gelingen würde, eine Verständigung zwischen den Parteien, die zu Zugeständnissen bereit sind, und der Regierung zu erzielen, aber er wird wohl nach der Abstimmung diese Hoffnung herabgeschraubt haben. Denn bei der Abstimmung wurde

**die Regierungsvorlage in allen ihren Teilen einstimmig abgelehnt.**

Wir geben uns durchaus keinen Illusionen hinsichtlich der Stellung der bürgerlichen Parteien hin, aber diese einstimmige Ablehnung der Vorlage bindet sie im gewissen Sinne. Die Verhandlungen haben deutlich ergeben, daß die Tabakindustrie wohl mit der Bevölkerungszunahme wächst, jedoch durchaus nicht in einem so blühenden Stande sich befindet, daß ihr höhere Lasten aufgelegt werden können. Man muß ihr schon deshalb Ruhe zur Entwicklung gewähren, damit die Lage ihrer Arbeiter gehoben werden kann, deren traurige Existenz an der Hand der Lohnstatistik jedem Kommissionsmitglied klar geworden sein muß.

Ist nun auch die einstimmige Ablehnung der Vorlage in der Kommission ein Hoffnungsstrahl für die Zigarrenindustrie, so bleibt doch noch die Gefahr einer schweren Belastung der Zigarettenindustrie bestehen — denn das Zigarettensteuergesetz ist an dem Tage, da wir dies schreiben, noch nicht zur Beratung in der Kommission gelangt — und außerdem noch eine Unsicherheit, ob das Plenum mit derselben Einmütigkeit, wie seine Kommission, den Schlag gegen die Tabakindustrie abwendet.

Danach wird es gut sein, wenn die Industrie nicht in Hoffnungslosigkeit versinkt und untätig nun den Dingen ihren Lauf läßt. Schon die Aufforderung des Schatzsekretärs an die bürgerlichen Parteien zu einer Verständigung zwingt zur Fortführung des Kampfes gegen die Vorlagen, bis das Plenum des Reichstags allen Zweifeln ein Ende macht.

Wir schließen heute darum diese kurze Darstellung der Situation mit der Aufforderung an alle Beteiligten, den Kampf fortzusetzen, bis die Vorlagen in den Orkus gestürzt sind — das Tabaksteuergesetz sowohl als das Zigarettensteuergesetz. Darum vorwärts! Auf die Posten!

## Die westfälische Zigarrenindustrie.

Nach amtlicher Zusammenstellung beträgt die Zahl der Tabakarbeiter in den Kreisen Herford 16 278, Lübbecke 4039, Minden 3467, Halle 311, Bielefeld 197, Wiedenbrück 180, Minteln 180, Welle 141, Wittlage 103, sowie in den Kreisen Hörter und Osnabrück nebst den Fürstentümern Lippe und Schaumburg-Lippe 2500, so daß in der westfälischen Zigarrenindustrie insgesamt über 27 000 ansässige Arbeiter beschäftigt sind. Die Zigarrenfabrikation erstreckt sich über etwa 150 Gemeinden dieses Distrikts. In den drei Kreisen Herford, Minden, Lübbecke befinden sich über 3500 Häuser im Eigentum von Zigarrenarbeitern. Im Amte Gohfeld-Mennighüffen sind von 3414 Häusern 85 Zigarrenfabriken und 909 Häuser Eigentum von Zigarrenarbeitern. An Lohn werden jährlich in der westfälischen Zigarrenindustrie nicht weniger als 16 Mill. Mk. ausbezahlt. Das ist allein an Lohn mehr, als der gesamte Bruttobetrag einer Jahresernte von deutschem Tabak über-

haupt beträgt, der sich 1903 auf 15,5 Millionen und 1904 auf 14,4 Millionen Mark belief. Die Gemeindesteuer der Tabakfabrikanten und Tabakarbeiter in den betreffenden Gemeinden betragen mehr als die Hälfte, nämlich 60 Prozent des Gemeindesteuerzolls. Nach amtlicher Aufstellung sind allein im Kreise Herford von den Sparassien an 143 Tabakfabrikanten 1 606 002 Mk. auf den Grundstücks- und Hausbesitz ausgeliehen.

Der Deutsche Tabakverein hat in seiner dem Reichstage überreichten Denkschrift eine Zusammenstellung aller im Jahre 1903 in Deutschland hergestellten Tabakfabrikate beigelegt. Danach wurden im genannten Jahre fabriziert an Zigarren in 5762 Betrieben 7 384 000 Mille zu einem Fakturen-(Verkaufs-)Wert von 284 000 000 Mk., an Zigaretten in 287 Betrieben 3 200 000 Mille zu 32 000 000 Mk.; an Rauchtabak in 633 Betrieben 272 800 Doppelzentner zu 40 920 000 Mk.; an Kautabak in 225 Betrieben 50 000 Doppelzentner zu 15 000 000 Mk. und an Schnufftabak in 120 Betrieben 15 650 Doppelzentner zu 11 905 000 Mk., so daß der Gesamtfakturenwert aller im Jahre 1903 in Deutschland hergestellten Tabakfabrikate rund 384 Mill. Mark beträgt. Hiervon erhält das Reich jetzt direkt an Tabakzoll und Tabaksteuer rund 70 Mill. Mk. oder fast 20 Prozent des Verkaufswertes.

## Kundman.

Die vereinigten Tabakinteressenten-Verbände, bestehend aus dem Verein aller Tabakinteressenten für Berlin und Umgegend, Verein deutscher Zigarrenfabrikanten und Händler, Verein deutscher Zigarettenfabrikanten und die neue Vereinigung der Zigarrenhändler Berlins und Umgegend, legen entschieden Verwahrung ein gegen den Beschluß des Ausschusses des deutschen Handelstages, der die Erhöhung der Tabaksteuer befürwortet hat. Dieser Beschluß sei wertlos, weil er gegen die Stimmen der Fachleute von solchen Mitgliedern des Ausschusses gefaßt worden ist, die teils absolut un Sachverständig zur Beurteilung der Verhältnisse der Tabakgewerbe sind, teils lediglich beabsichtigten, durch die Zustimmung zur Bier- und Tabaksteuer etwaige Belastungen von den ihnen nahestehenden Industrie- und Gewerbebezügen fernzuhalten.

Zentralisation des Krankenkassenwesens — das ist das Ziel aller einsichtigen Sozialpolitiker. Auch die Arbeiter haben ein großes Interesse daran, daß der kostspieligen und unseligen, nach dem Gesetz leider möglichen Zersplitterung im Kassenwesen ein Ende gemacht wird. In einer ganzen Reihe großer Orte ist das auch den Bemühungen der organisierten Arbeiter gelungen. Jetzt will man auch in Breslau endlich ernsthaft darangehen. In voriger Woche fand eine Versammlung statt, die sich mit der Zentralisation der Krankenkassen befaßte. Es wurde ein Referat gehalten und die Debatte bewegte sich in zustimmendem Sinne. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die im Gewerkschaftshause tagende Versammlung von Krankenkassenvorständen Breslaus erklärt sich im Prinzip für eine Verschmelzung der Krankenkassen Breslaus, sie verpflichtet sich, diese Frage den nächsten Generalversammlungen zu unterbreiten und zu befürworten. Sie wählt aus ihrer Mitte eine Kommission von neun Mitgliedern, die alle weiteren Schritte zu unternehmen hat, um die baldige Verschmelzung herbeizuführen.“ — Hoffentlich führen die Bemühungen zum Erfolg.

Kinderausbeutung in der Schweiz. Zu den beschämendsten Erscheinungen unsres kapitalistischen Zeitalters gehört die Ausbeutung der Kinder, die in Fabriken gesperrt oder sonst zu gewerblicher Arbeit herangezogen und so ihrer ganzen Jugend beraubt werden. Das schweizerische Fabrikgesetz verbietet nun zwar die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren in Fabrikbetrieben, es läßt das Kind aber gänzlich unbeschützt auf andern Gebieten des Erwerbslebens. Wie stark trotz obigen Gesetzes die Kinder an der gewerblichen Arbeit beteiligt sind, wird erwießen durch eine Enquete, welche die schweizerische „Gemeinnützige Gesellschaft“ veranstaltet hat. Leider sind die Erhebungen nicht vollständig, da eine Reihe von Kantonsregierungen, unter denen sich sogar die von Zürich befindet, ihre Unterstützung abgelehnt haben. Trotz dieser Unvollständigkeit geben die Untersuchungen ein tieftrauriges Bild der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft. Die Erhebungen, die auf Grund eines vom verstorbenen Fabrikinspektor Dr. Schuler entworfenen Fragebogens von den Lehrern gemacht wurden, erstreckten sich vor allem auf die Zahl der gewerblich beschäftigten Schüler, auf die Art und Dauer der Beschäftigung, auf den Verdienst der Kinder und auf den Einfluß, den nach den Beobachtungen der Lehrer die gewerbliche Beschäftigung auf die körperliche, geistige und moralische Entwicklung des Kindes aus-

übt. Von den 24 Schweizer Kantonen waren an der Enquete nur 13 beteiligt. Auf Grund der 6090 ausgefüllten Fragebogen ergibt sich folgendes Bild: Von insgesamt 279 551 Schulkindern wurden gewerblich beschäftigt in der Landwirtschaft 117 126; in Hausindustrie und Handwerk 17 763; in sonstigen Erwerbsarten (Ausläufer, Kindermädchen, Gastwirtschaften usw.) 14 194. Insgesamt wurden also 149 083 oder 53 Prozent der Kinder zu gewerblicher Beschäftigung herangezogen. In einzelnen Kantonen waren  $\frac{3}{4}$  der Kinder gewerblich tätig! So in Freiburg und Appenzell je 74 Prozent, in Argau sogar 78 Prozent. Die Arbeitszeit dieser Kinder betrug 4 bis 6 Stunden täglich, zum Teil noch länger. 2790 Kinder arbeiten auch des Sonntags. 12 000 Kinder müssen zu ungewöhnlich frühen Stunden (4 bis 6 Uhr morgens) und zirka 5000 Kinder zu ungewöhnlich späten Stunden (8 bis 11 Uhr abends und später) arbeiten. Ganz besonders schlimm sind diejenigen Kinder daran, die bei Landwirten in „Stelle“ sind. Diese Kinder werden, wie die Lehrer berichten, schonungslos ausgebeutet; eine 12 bis 15tägige Arbeitszeit ist dort die Regel. Die Folgen dieser Ausbeutung zeigen sich natürlich auch in der Schule. Einzelne Lehrer erklären, daß bis 40 Prozent der Kinder den Anforderungen, die an ihre Arbeitskraft gestellt werden, nicht gewachsen seien. Für alle diese Kinder ist die Schule nur ein lästiger Zwang. Sie bleiben in ihrer geistigen Entwicklung zurück.

## Berichte.

Biebrich. Am 22. Januar tagte im Vereinslokal Kaiser Adolf unsre vierteljährliche Mitgliederversammlung, mit der Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905; 2. Neuwahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten; 3. Wahl zweier Kartelldelegierter; 4. Verschiedenes. Zum ersten Punkt verlas Kollege Hoffmann die Abrechnung vom 4. Quartal 1905; dann verlas Kollege Heß die Abrechnung der Keinen Kasse. Auf Antrag der Revisoren, welche die Abrechnungen geprüft hatten, wurde beiden Kassierern Decharge erteilt. Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurde Kollege Fischer als 1. Bevollmächtigter, Kollege Hoffmann als 2. und Kollege Born als 3. Bevollmächtigter einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Jacobs, Heß und Kremer, welche auch die Revision der Keinen Kasse vorzunehmen haben. Als Fabrikassierer bei der Firma Göhringer wurde Kollege Jacobs, bei der Firma Luz Kollege Kremer gewählt. Dann wurden die Kollegen Jacobs und Bergmann als Delegierte zum Gewerkschaftskartell gewählt. Unter Verschiedenem gab Kollege Bergmann den Kartellbericht vom letzten Quartal, welcher noch vom Kollegen Jacobs ergänzt wurde. Auch wurde für die nächste Zeit wieder ein Vereinsvergügen beschlossen und sogleich eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Weppler, Jacobs, Heimann, Postweiler, Halle mit der Ortsverwaltung, welche die nötigen Vorbereitungen treffen sollen.

Erfurt. Am 13. Januar fand im Tivoli eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905; 2. Wahl der Verwaltung; 3. Bericht der Vorortskommission; 4. Kartellbericht und Wahl der Delegierten; 5. Verschiedenes. Der 2. Bevollmächtigte, Kollege Leiste, verlas die Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden war. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurden folgende Kollegen gewählt: Wiesen als 1., Leiste als 2., Friß als 3. Bevollmächtigter; Wagner als 1., Zimmermann als 2., Niebergall als 3. Kontrolleur. Zu Punkt 3 berichtet Kollege Wiesen über die Tätigkeit der Vorortskommission; er gibt bekannt, daß in Brotterode eine Zahlstelle mit bis jetzt 50 Mitgliedern, sowie in Kreuzburg infolge der Protestbewegung eine Zahlstelle mit bis jetzt 40 Mitgliedern sei; auch in Weida ist im Auftrage des Vorstandes eine Versammlung abgehalten, in welcher auch zur Gründung der Zahlstelle geschritten wurde, dieselbe zählt bis jetzt 20 Mitglieder. Niehla ist im Begriff, sich zu organisieren. Die dortigen Kollegen arbeiten im stillen darauf hin. Des Weiteren wollen die Tabakarbeiter der Orte Schmalkalden, Steinbach-Hallenberg, Ballendorf sich mit Gründungen von Zahlstellen befassen; es fanden zu diesem Zweck den 13., 14. und 15. Januar in genannten Orten Versammlungen statt, in welchen Kollege Gärtner referierte; man sieht also, daß sich die Kollegen überall rühren, um sich ihrer Organisation anzuschließen, was sehr lobenswert ist. Zu Punkt 4 gibt Kollege Wredehorn Bericht vom Gewerkschaftskartell; unter anderem streifte derselbe das hierorts zu gründende Arbeitersekretariat, zu welchem im besonderen Kollege Wiesen noch Ausführungen machte. Es seien ca. 1000 Arbeiter, welche dem Kartell nicht angeschlossen sind, dieser Umstand mache es den Gewerkschaften schwer, ein Arbeitersekretariat hier am Orte lebensfähig zu erhalten. Wiesen führte ferner an, daß die ersten Ausgaben für ein solches sich bis auf 3000 Mk. belaufen können, dazu käme das Gehalt von 1800 bis 2000 Mk. für den Sekretär. In Betracht müsse man ziehen, daß fast ausschließlich die größten Gewerkschaften am Orte, als da sind die Fischer, Maurer, Maler usw., dem Kartell nicht angeschlossen sind. Er ersucht, zu diesem Punkt Stellung zu nehmen, da die zu wählenden Delegierten Bericht in der Kartellführung geben müssen. Hieran knüpfte sich eine längere Diskussion, aus welcher folgender Antrag Planenburg hervorging: „Die Kartelldelegierten des Verbands deutscher Tabakarbeiter, Zahlstelle Erfurt,

werden beauftragt, im Kartell dafür zu stimmen, daß diejenigen Organisationen, die dem Kartell noch fern stehen, aufzufordern sind, dem Kartell beizutreten oder eine der Mitgliederzahl entsprechende Summe an daselbe abzuführen, wenn ein Arbeiterssekretariat errichtet werden soll; im andern Falle aber die bestehende Auskunftsstelle so zu erweitern, wie es unter gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist." Der Antrag wurde angenommen. Des weiteren entspann sich eine lebhafteste Diskussion betreffs Stellungnahme des Kartells zur Agitation gegen die geplante Tabaksteuererhöhung. Hieraus ergaben sich zwei Anträge. Der erste ging dahin, das Kartell zu eruchen, eine vorläufige Summe von 50 M. zur Bekämpfung der Tabaksteuererhöhung zu bewilligen; der zweite, die Delegierten zu beauftragen, da die Agitation gegen die geplante Tabaksteuererhöhung und die Sammlung der Gelder den Tabakarbeitern an Orte schwer wird, die Agitation in ausgiebigster Weise zu betreiben, im Kartell zu beantragen, daß es im Interesse der gesamten Arbeiterschaft die Agitation und Sammlung der Gelder mit in die Hand nehme. Wir versprechen uns dadurch einen größeren und durchschlagenderen Erfolg. Beide Anträge wurden angenommen. Als Kartelldelegierte wurden gewählt die Kollegen Wagner und Blankenburg. Zum Schluß verlas Kollege Wiesen das Dresdner Flugblatt und den Bericht des Vorstandes, die Dresdner Angelegenheit betreffend, in der letzten Nummer des Tabak-Arbeiter. Die Versammlung gibt bekannt, daß sie Kenntnis von dem Flugblatt sowie von dem Bericht des Vorstandes genommen hat und beschließt, der Sache ihren Lauf zu lassen. Des weiteren forderte Kollege Wiesen auf, sich recht zahlreich an der Verteilung der Flugblätter beteiligen zu wollen.

**Erfurt.** Am 20. Januar fand eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Stellungnahme zu dem am 29. Januar stattfindenden Tabakarbeiterkongress; 2. Anträge zu demselben und Delegiertenwahl; 3. Verschiedenes. Kollege Wagner verlas den Aufruf der Zentralkommission betreffs der Beschickung des Tabakarbeiterkongresses und suchte den Anwesenden die Wichtigkeit desselben zu erläutern, er empfahl, daß auch die Zahlstelle Erfurt den Kongress beschicken möge; ebenso spricht Kollege Wiesen. Kollege Wiesen wurde als Delegierter einstimmig gewählt. Zu Punkt 2 wurde folgende Antrag eingebracht: „Der Kongress möge beschließen: Die Zentralkommission besteht fort und soll, sobald von Seiten der Reichsregierung ein neues Tentat gegen die Tabakindustrie, sowie bei allen auch in Zukunft eintretenden Steuerplänen, die geeignet sind, das arbeitende Volk zu belasten, sofort die Agitation einleiten. Die Generalkommission der Gewerkschaften, sowie die Gewerkschaftskartelle sind aufzufordern, mit in die Agitation einzutreten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, daß es Pflicht jedes einzelnen sei, seinen Teil an der Agitation gegen die Tabaksteuer beizutragen, sowie auch selbst Listen zum Sammeln in Empfang zu nehmen, man solle nicht alles der Lokalkommission überlassen, sondern jeder Kollege solle soviel wie möglich helfen.

**Gera.** Am 13. Januar fand im Restaurant Löwenburg eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905; 2. Erstattung des Jahresberichts; 3. Neuwahl der Ortsverwaltung; 4. Verschiedenes. Kollege Joseph trug die Abrechnung vor und erläuterte die einzelnen Positionen. Kollege Kirz, welcher die Abrechnung mit fertiggestellt und alles in bester Ordnung gefunden, ersucht die Versammlung, dem Kassierer Decharge zu erteilen. Solches geschieht und die Abrechnung wird richtig gesprochen. Zu Punkt 2 erstattet Kitzing den Jahresbericht. Er gab einen kurzen Ueberblick über das vergangene Geschäftsjahr. Danach balanciert die Einnahme und Ausgabe mit 2068,06 M. Der Gesundheitszustand war ein normaler zu nennen. Es wurden an Krankengeld rund 493 M. ausgezahlt. Für Agitation wurden 23 M. ausgegeben. An die Hauptkasse konnten 1100 M. abgesandt werden. Mitgliederversammlungen fanden 10 statt, desgleichen 2 öffentliche Tabakarbeiterversammlungen. Der Mitgliederzuwachs betrug im vergangenen Jahre 49, so daß wir am Jahreschluß 126 Mitglieder zählten. Hiervon gehen nun 11 Mitglieder von Weida ab, welche mit Neujahr eine eigne Zahlstelle gründeten. Wir können also mit der Entwicklung unserer Zahlstelle zufrieden sein, möge es uns gelingen, auch im neuen Jahre wieder in solchem Maße vorwärts zu schreiten. Die Versammlung ist mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung zufrieden und ersucht man bei der nun stattfindenden Neuwahl, die alte Verwaltung einstimmig wiederzuwählen. Als 1. Bevollmächtigter wird G. Kitzing einstimmig wiedergewählt; als 2. Bevollmächtigter wird, da Kollege B. Joseph eine Wiederwahl ganz entschieden ablehnt, an dessen Stelle H. Winde neugewählt; als 3. Bevollmächtigter wird P. Hannig wiedergewählt. Als Revisoren wurden E. Kirz, D. Dieck und Aug. Rüne m u n d gewählt. Sodann faßte die Versammlung einstimmig den Beschluß, den Vorstand zu eruchen, künftighin den Satz auf 5 Pfg. pro verkaufte Marke zu erhöhen, da sonst die notwendigen Ausgaben nicht mehr bestritten werden können, was einen Rückgang der Mitgliedschaft zur Folge haben würde. Kollege Kupf erstattete den Bericht über die am 17. Dezember stattgefundene Konferenz in Erfurt. Nach seinen Ausführungen ist er mit dem Beschluß der Geraer Zahlstelle vollständig einverstanden, daß solche Konferenzen vollkommen zwecklos sind und dem Verbands nur große, unnütze Summen Geld kosten, welche besser für andre Zwecke angebracht wären. Wenn das Gauleiter-System solche Auswüchse zeitige, so wäre es doch besser gewesen, wir hätten die Vorortskommissionen behalten. Daß dieses neue System dem Verbands noch viel mehr und unnützerweise Geld koste, dafür nur einen Fall. Die Mitglieder von Weida, welche bisher nach Gera steuerten, gründeten selbst eine Zahlstelle und eruchten den Vorstand, daß er ihnen eine Person senden möge, welche die Zahlstelle einrichten solle. Dieser wies die Mitglieder an den Gauleiter in Erfurt. Selbiger war nun in Weida und konnte erst am andern Tage wieder zurückfahren. Es gingen also 2 Tage drauf, das Fahrgeld von Erfurt nach Weida und zurück beträgt 6 M. Trotzdem mußte er auch noch wieder unrichtiger Sache zurückfahren, da das Material vom Hauptvorstand noch nicht da war. Es ist das ein Kostenaufwand von mindestens 20 M. Wenn der Gauleiter nun eine Zahlstelle beauftragt hätte, solches zu besorgen, vielleicht Gera oder Liebschwitz, so hätte es 50 Pfg. Fahrgeld gefostet, der ganze Kostenaufwand also höchstens 4 M. Wenn das Gauleitersystem so schwerfällig arbeite, so können wir uns schon heute darauf gefast machen, daß wir in zwei Jahren wieder höhere Beiträge bezahlen müssen. Desgleichen berichtet Kupf noch, daß der Kollege F. Saupé-Völzig den Obmann der derzeitigen Vorortskommission Gera, G. Kitzing, verunglimpft habe, daß er als solcher nicht richtig, sondern eigenmächtig gehandelt habe, worüber er Auskunft wünscht. In der Diskussion über den Bericht von der Konferenz erklärt Kitzing, daß die Geraer Zahlstelle mit dem Ausführenden Kupf hinsichtlich der Konferenz selbst sowie über das Gauleitersystem, wenn es so gehandhabt würde, vollständig übereinstimme. Was den Kollegen Saupé-Völzig anbelange, so erklärt er, Kitzing, an der Hand von Schriftstücken, welche auch von verschiedenen Kollegen gesichtet wurden, daß Kollege Saupé n i e m a l s das veranlassen könne, was er ihm nachrede. Wenn Saupé das Bedürfnis habe, sich gründlich zu bliamieren, so solle er sich nur an ihn wenden. Fährdrich-Greiz erklärt, daß der Greizer Delegierte zur Konferenz in einer Mitgliederversammlung, welche von drei Mann besucht war, gewählt wurde, auch er halte das Geld für solche Konferenzen als zum Fenster hinausgeworfen. Damit schließt die Diskussion. Der Bericht des Kartellvertreters Koll. Edelmann wird wegen weit vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Nachdem Koll. Kitzing im Namen der neugewählten Ortsverwaltung für das Vertrauen dankt, das man ihr entgegenbringt, und mit kräftigen Worten die anwesen-

den Mitglieder ersucht, auch fernerhin wie bisher weiter mitzuarbeiten an dem Ausbau unsres Verbandes, erfolgt Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

**Heidenheim a. B.** Nachdem schon im vorigen Monat eine Protestversammlung der Tabakarbeiter und aller Interessenten stattgefunden, fand am Sonntag, 14. Januar, abermals eine öffentliche Versammlung aller Tabakarbeiter und Interessenten statt. Diefelbe hatte sich wiederum eines zahlreichen Besuchs zu erfreuen. Kollege Vetter, der als Delegierter der im Dezember in Stuttgart stattgefundenen Konferenz benannte, gab zunächst einen Bericht von derselben, welcher mit Beifall aufgenommen wurde. Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Die Tabaksteuerborlage, hatte Genosse W. K a s t l e r das Referat übernommen. Unter Hinweis auf die Regierungsanträge des gegenwärtigen Deutschen Kaisers, wo den Armen und Schwachen besonderer Trost gesendet wurde, ging Redner auf das Bismarcksche indirekte Steuer-system im allgemeinen ein, indem er den Unwesenden vor Augen führte, daß gerade alle diejenigen Konsum- und Handelsartikel, welche die große Masse braucht, immer und immer wieder mit neuen Steuern und Zöllen belegt werden. Trotzdem werde immer davon gesehelt, daß man die tragfähigen Schultern mehr belasten solle und müsse. Die Lage der deutschen Tabakarbeiter, die ohnehin schon die denkbar traurigste genannt werden müsse, wie selbst das Unternehmerorgan zugibt, werde durch die Einführung der Tabaksteuer und die Zollerhöhung geradezu unerträglich werden. Die beste Antwort könnten die Tabakarbeiter geben, indem sie sich geschlossen in den Deutschen Tabakarbeiterverband aufnehmen lassen. Nach der mit großem Beifall aufgenommenen Rede wurde zu Punkt 3 der Tagesordnung übergegangen: Wert der Organisationen. Zu diesem Punkt hatte Genosse Eberhardt das Referat übernommen. Er führte aus, daß dieses Thema gleichsam das ABC des Arbeiters sein sollte. Der Nachweis, daß die Organisationen für jeden Arbeiter von großem Vorteil sein müssen, sei heute so leicht zu erbringen, daß man eigentlich meinen sollte, man brauche darüber keine Worte mehr zu verlieren. Trotzdem sei es notwendig, die hiesigen Tabakarbeiter aufzurütteln und auf die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen aufmerksam zu machen. Redner ging dann noch des näheren auf die Vorteile ein, die der Deutsche Tabakarbeiterverband seinen Mitgliedern bietet, gleichzeitig auf die geringen Beiträge hinweisend, die zu leisten bei einigermaßen gutem Willen jeder imstande sei. Keiner sollte sich durch irgendwelchen Vorwand abhalten lassen, sondern der Organisation beitreten. Durch dieselbe könne auch dem Denunziantentum, das sich leider auch unter den hiesigen Tabakarbeitern schon einigermaßen eingenistet habe, der beste Riegel vorgeschoben werden. An die mit Beifall aufgenommene Rede schloß sich eine lebhafteste Diskussion, an der sich auch die hiesigen Gewerkschaftsvorstände beteiligten. Von den in Umlauf gesetzten Aufnahmeforderungen zum Tabakarbeiterverband wurde ausgiebiger Gebrauch gemacht und wäre nur zu wünschen, daß sich auch unsere Frauen der Organisation anschließen. Ueber Punkt 4: Tabakarbeiterkongress in Berlin, gab Genosse Eberhardt ebenfalls die nötige Aufklärung. Beschlossen wurde, einen Delegierten zum Kongress zu entsenden, wenn die nötigen Mittel aufgebracht werden. Die Gewerkschaften sagen ihre Unterstützung auch in diesem Punkte zu. Als Delegierter wurde gewählt Genosse W. K a s t l e r und als Ersatzmänner die Genossen Eberhardt und Hild. Nachdem von verschiedenen Seiten nochmals zur Organisation aufgefordert, wurde mit einem kräftigen Appell die imposante Versammlung geschlossen. Der Grundstein zu einer Zahlstelle des Deutschen Tabakarbeiterverbandes ist gelegt, hoffen wir, daß dieselbe ein würdiges Glied in der Gewerkschaftsbewegung werde.

**Kahl a. S.** Am 7. Januar fand im Restaurant zum Anker eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Wahl der Bevollmächtigten und Kontrollen; 3. Wahl der Kartelldelegierten; 4. Bericht von der Gaukonferenz; 5. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Kassierer vorgelegt, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde, worauf man dem Kassierer Entlastung erteilte. Bei der Wahl wurden die Bevollmächtigten und zwei Kontrollen wiedergewählt und einer neu hinzugewählt. Bei der Wahl der Kartelldelegierten wurden die bisherigen einstimmig wiedergewählt. Hieran schloß sich der Kartellbericht. Zu Punkt 4 gab der Delegierte den Bericht der Gaukonferenz in Erfurt. In der Diskussion wurde angeführt: Um über die Löhne im Gau ein genaues Bild zu bekommen, hätten alle Delegierten der einzelnen Zahlstellen auch die tägliche Arbeitszeit mit angeben sollen. Ferner wurden die Beschlüsse der Leipziger Generalversammlung besprochen. Es waren sich alle Anwesenden darin einig, daß für die Mitglieder keine Verbesserungen eingetreten sind, sondern Verschlechterungen; denn die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung beweisen das aufs deutliche. Auch über die Erhöhung der Vorstandsgelder wurde kritisiert. Wenn noch einige Generalversammlungen stattfinden, wie die Leipziger war, werden wir wohl dahin gekommen sein, daß die Mitglieder nur noch Beiträge zahlen dürfen, aber von irgendeiner Unterstützung seitens des Verbandes an seine Mitglieder keine Rede mehr sein kann. (Welche Uebertreibung! Red.) Im Anschluß an diese Ausführungen wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 7. Januar tagende Mitgliederversammlung protestiert ganz entschieden gegen die Beschlüsse der Generalversammlung betreffend die Erhöhung der Gehälter des Vorstandes; sie begründet den Protest damit, daß die Kollegen so schon stark genug belastet sind. Es ist auch der Meinung, daß der Vorstand mit den bis jetzt gezahlten Gehältern wohl zufrieden hätte sein können. Ferner protestiert die Versammlung ganz energisch gegen die Verkürzung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung.“ Des weiteren sei darauf hingewiesen, wenn eine Versammlung stattfindet, daß sich jedes Mitglied zur Pflicht machen müsse, stets und pünktlich in derselben zu erscheinen, und wir erwarten, daß diese Anregung von Erfolg sein wird.

**Rubrg.** Am 14. Januar fand in der Himmelsleiter eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905; 2. Kartellbericht; 3. Berichterstattung von der Gaukonferenz des 11. Gaues; 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom 2. Bevollmächtigten verlesen und ergab einen Barbestand am Schluß des 4. Quartals von 83,84 M. Davon werden auf Beschluß der Mitglieder 60 M. an die Hauptkasse geschickt. Die Abrechnung wurde geprüft und für richtig befunden und der 2. Bevollmächtigte entlastet. Kollege Böning erstattete den Kartellbericht und führte in der Hauptsache aus, daß von Seiten des Gewerkschaftskartells eine Statistik herausgegeben werden soll, wonach jede Gewerkschaft etnen ausführlichen Bericht machen soll über Mitgliederbestand, wieviel jährlich vereinbart und verausgabt wurde usw. Diese Statistik soll in Form einer Broschüre angefertigt und jedes Gewerkschaftsmitglied verpflichtet werden, eine solche zu kaufen; der Preis soll 10 Pfg. betragen. Von der Gaukonferenz des 11. Gaues erstattete Kollege Heidrich Bericht und entledigt sich seiner Aufgabe, indem er in kurzen Zügen die einzelnen Punkte der Tagesordnung und den Gang der Verhandlungen, wie sie dort gepflogen wurden, erläuterte. Er kam zu dem Schluß, daß die Generalversammlung in Leipzig zweifellos betreffs der Reorganisation im Verbands die beste Hand angelegt hat, andernteils aber auch sehr viele Abstriche gemacht hat, womit sich die Mitglieder nicht alle ganz einverstanden erklären können; er empfiehlt aber den Mitgliedern, sich in die geschaffenen Verhältnisse hineinzufinden, und vor wie nach für den Verband zu arbeiten und zu agitieren. Nachdem sich die Mitglieder noch über verschiedene Punkte im Statut ausgesprochen hatten, erklärten sie sich mit den Ausführungen des Delegierten einverstanden und sprachen, im Sinne der auf der Gaukonferenz gefassten Resolution zu handeln. Dann wird mitgeteilt, daß für den 29. Januar ein Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands nach Berlin einberufen wird. Die Mitglieder erkennen

an, daß dieser Kongress zweifellos von großer Bedeutung ist, müssen aber von einer Beschickung desselben absehen, da die Mitgliederzahl eine zu geringe ist, um die Kosten tragen zu können.

**Röln.** Christliche Agitationsmethoden. Am 17. Dezember b. J. fand in Bingen eine Protestversammlung gegen die Tabaksteuer statt, welche sehr zahlreich besucht war, auch von Tabakarbeitern. Letztere wünschten eine spezielle Tabakarbeiterversammlung, in welcher über den Wert der gewerkschaftlichen Organisation, speziell über den Deutschen Tabakarbeiterverband, verhandelt werden sollte. Diese Versammlung wurde auf den 14. Januar festgesetzt. Die Handzettel wurden zwei Tage vorher an der einzigen Fabrik am Orte verteilt. Über was geschah: Die „christlichen“ Helden, welche stets das große Wort führen von Vertretung der Arbeiterinteressen, versuchten unsere Versammlung illusorisch zu machen, indem sie um dieselbe Stunde eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung durch rote Handzettel bekannt machten. Warum hat man diesmal auf dem Handzettel nicht appelliert an das „christliche“ Moment? Die Binger Tabakarbeiter wissen durchgängig, was ihnen fehlt; sie verzichten auf die Quertreiber, denn für sie kommt nur eine Organisation in Betracht, welche alle Arbeiter umfaßt, ganz gleich, welcher religiösen oder politischen Ansicht einer huldigt. Das bewies auch der Besuch der Versammlung der Herren Christlichen; ganze fünf Tabakarbeiter, davon waren noch zwei Meister, das übrige Publikum waren Küfer, welche die öffentliche Tabakarbeiterversammlung füllten in der Zahl von 36 Personen. Ein Geistlicher soll sich besonders ins Zeug gelegt haben bei Arrangierung der Versammlung. Der Zweck ist offenbar. Wenn von unserer Seite verjagt wird, die Kollegen und Kolleginnen zu organisieren, so drängt man sich von gewisser Seite arbeiterfreundlich spielend auf und erkennt die Notwendigkeit der Organisation an, aber nur auf „christlicher“ Grundlage. Gerade in Bingen tut eine einheitliche Organisation sehr not. Wochenlöhne von 15, 14, 12, 10, 9, 8, 7, ja sogar 6,50 Mark für verheiratete Kollegen sind keine Seltenheit. Auch in gesundheitslicher Beziehung bleibt noch viel zu wünschen übrig. Diese erbärmlichen Verhältnisse müssen den Gründern der „christlichen“ Organisation schon längst bekannt sein. Warum hat man nicht schon längst Stellung dazu genommen; warum erst dann, wenn die Arbeiter sich selbst aufrufen, um sich zu helfen? Wir rufen den Binger Tabakarbeitern zu: Laßt Euch nicht von den falschen Freunden umgarnen, seid einig, tretet alle Mann für Mann dem Deutschen Tabakarbeiterverbande (Sitz Bremen) bei. Die nächste Mitgliederversammlung wird noch bekannt gemacht durch Rundschreiben.

Mehrere Mitglieder von Bingen.

**Lampertheim.** Hier fand eine von 200 Personen besuchte Versammlung statt, die durch folgende Resolution Stellung nahm zu der geplanten Tabaksteuererhöhung: „Die am 14. Januar 1906 im Saale zum Kronprinzen in Lampertheim tagende Versammlung der Tabakarbeiter, Arbeiterinnen, Interessenten und Konsumenten erhebt energischen Protest gegen die von der Regierung dem Reichstage unterbreitete Tabaksteuer-Vorlage, da dieselbe, wenn sie Gesetz werden sollte, die Industrie auf das schwerste geschädigt würde. Bei der in dem Reichstagswahlkreis Heppenheim-Wimpfen in ländlichen Bezirken ansässigen Zigarrenindustrie finden in zirka 20 Betrieben über 2000 Arbeiter Beschäftigung. Durch eine Mehrbelastung des Tabaks würde jedenfalls auch in diesem Bezirk eine Störung herbeigeführt und ein Teil der Arbeiter durch den voraussetzlichen Konsumrückgang brotlos werden; dies würde für unsern Bezirk in wirtschaftlicher Beziehung von weittragender Bedeutung sein, da wir in unserm Erwerb aufs schwerste geschädigt würden. Aus diesem Grunde bitten wir den hohen Reichstag und insbesondere unsern Reichstagsabgeordneten des Wahlkreises Heppenheim-Wimpfen, Herrn Freiherrn von Dehl zu Gernsheim, gegen eine höhere Belastung, welche die inländische Industrie sehr schwer schädigen würde, zu stimmen.“

**Leipzig.** Eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung tagte am 22. Januar 1906 im Volkshause. Die Kollegen Busche und Hoffmann gaben den Bericht von der am 14. Januar 1906 in Leipzig stattgefundenen Gaukonferenz. An der Debatte beteiligten sich mehrere Kollegen und äußerten ihre Befriedigung über das Ergebnis der Konferenz. Zu wünschen wäre, in Anbetracht der schlechten Organisationsverhältnisse und der schwierigen Agitation im Gau, daß es bald ermöglicht werden könnte, einen besoldeten Gauleiter anzustellen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wird Kollege Hoffmann als Delegierter zum Tabakarbeiterkongress in Berlin gewählt. Als sein Stellvertreter Kollege Busche. Unter öffentlichen Verbandsmitteilungen entfiel eine Debatte über die Raffinaten resp. Unterlassierer. Da der Vertrauensmann nicht alles allein in der Verbandstätigkeit bewältigen kann, wird der Antrag angenommen, ihm eine Kommission von drei Mitgliedern zur Unterstützung zur Seite zu stellen. Es werden dazu die Kollegen Mitsche, Mausen und Thomas gewählt.

**Müncheberg (Mark).** Die heute abgehaltene Jahresversammlung war von den Mitgliedern gut besucht. Nachdem von den Revisoren der Bericht entgegengenommen, die Abrechnung über das vierte Quartal des vergangenen Jahres für richtig befunden worden war, wurde dem ersten und zweiten Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt und zu Kontrollen die Kollegen Naumann, Bache und Kühne ernannt. Alsdann gab unser erster Bevollmächtigter Oskar Küger einen anschaulichen Bericht über die Gaukonferenz in Berlin, der allseitig befriedigte. Es entspann sich eine lebhafteste Diskussion über das neue Statut. Die Kollegen Bache und Kühne bemängelten den erhöhten Beitrag und die gekürzten Unterstüßungen, betonten, daß bei der schwachen Finanzlage des Verbandes die Anstellung von Gauleitern vorläufig wenigstens nicht angebracht gewesen sei und beantragten, diese Monitis im Verbandsorgan bekannt zu machen. Es wurde demgemäß beschlossen. Punkt 6 der Tagesordnung lautete: Besprechung über den Dresdner Ortsbeamten. Kollege Max Lewin drückt dem Hauptvorstande seine Befriedigung aus, daß er, falls Unkorrektheiten vorlägen, die gerichtliche Prüfung beantragt habe, da das verbreitete Flugblatt zu sehr geeignet sei, das Ansehen des Hauptvorstandes zu schädigen.

**Wiesloch.** Am Sonntag fand eine Versammlung statt, in der unser Gauleiter Krohn aus Speier über die Tabaksteuer referierte. Die Versammlung war sehr gut besucht. Anwesende Tabakarbeiter ließen sich infolge der Aufforderung Krohns in den Verband aufnehmen. Wir haben Sonntag über acht Tage eine Mitgliederversammlung, und da möchte ich besonders die neu aufgenommenen Mitglieder eruchen, zahlreich zu erscheinen; also am 4. Februar im Lokal zum Freihof, nachmittags ½2 Uhr. Die Tagesordnung wird durch den 1. Bevollmächtigten im Lokal bekannt gegeben. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Quittung.**  
Für die stellenden Tabakarbeiter in Kreisga gingen ein: Waldheim (Firma P. u. L.) 9,85 M.; Bischofswerda durch Otto Böppel 3,10 M.  
Allen Gubern besten Dank.

**Briefkasten.**  
H. Neustadt (D.-Schl.). Rein; Gewerkschaftsblätter honorieren Versammlungsberichte nicht.  
Lampertheim. Brief kostete 20 Pfg. Straporto. Aufgepaßt! Zunsweier und Erfurt. Berichte wurden mit noch anderen wegen Stoffandranges zurückgestellt.  
M., Neuwied. Den Einzelmitgliedern werden die Tabakarbeiter nicht mehr von hier aus zugesandt Die Zahlstellen sollen, laut Beschluß des Vorstandes, die Zusendung der Einzelnummern selbst besorgen.





## Kongress der deutschen Tabakarbeiter zu Berlin

### einberufen zur Bekämpfung der Tabaksteuervorlage.

1. Sitzung. Berlin, den 29. Januar 1906, vormittags.  
Im Auftrage der im Jahre 1893 eingesetzten Zentral-Kommission zur Bekämpfung etwaiger Tabaksteuererhöhungen eröffnet den Vorsitzenden, Kollege Börner-Berlin, um 10 Uhr den Kongress und begrüßt die zahlreich erschienenen Delegierten.  
Im Namen der Berliner Gewerkschaftskommission heißt Köpfen-Berlin die Delegierten willkommen und versichert, die gesamten Arbeiter, speziell die Berliner, sehen einen Erfolg der Tabakarbeiter in der Steuerfrage auch als ihren Erfolg an.  
Kollege Butry-Berlin gibt die auf die Einladungen des Fürsten Bülow, des Freih. v. Stengel und des Finanzministers v. Rheinbaben eingegangenen Antworten bekannt. v. Bülow erklärt, das Schreiben dem Reichsschatzamt übergeben zu haben. Vom Reichsschatzsekretär v. Stengel ist folgendes Schreiben eingegangen:

Ihrem Ersuchen, zu dem am 29. d. M. beginnenden Verhandlungen des Kongresses der Tabakarbeiter Deutschlands, denen ich das regste Interesse entgegenbringe, einen Vertreter zu entsenden, kann ich zu meinem aufrichtigen Bedauern nicht entsprechen, da die in Betracht kommenden Beamten meines Ressorts durch die ihnen gegenwärtig obliegenden Geschäfte gerade auch an den in Rede stehenden Tagen völlig in Anspruch genommen sind.

Ich wäre Ihnen jedoch dankbar, wenn Sie mich über das Ergebnis der Verhandlungen unterrichten wollten. Für den Fall, daß Sie es vorziehen sollten, hierüber mündlich Mitteilung zu machen, ist der diesseitige Referent, Herr Geheimrat Finanzrat Rheinboldt, bereit, Sie auf seinem Geschäftszimmer im Reichsschatzamt, Wilhelmplatz 1, zu empfangen.

Der Staatssekretär von Stengel.

Sodann werden als Vorsitzende Börner-Berlin und Vormann-Dresden, als Beisitzer Hufung-Nordhausen, Lippelt-Hannover und Schüler-Bremen gewählt. Als Protokollführer bestimmt der Kongress Nieborf-Riel, Burgold-Braunschweig, Schmidt-Berlin, Keller-Freiberg, Klein-Köln, Bruins-Nostod, Krafzig-Dresden und Supperz-Hamburg.

Die Mandatsprüfungskommission soll bestehen aus Frau Lamm-Dresden, Kiesel-Berlin, Anne-Speier, Langer-Sprottau, Schlüter-Bielefeld, Klingenhagen-Berford und Osterag-Altona.

Tagesordnung und Geschäftsordnung werden nach dem Vorschlag (siehe Vorlage) der Zentral-Kommission genehmigt.

Es wird dann in den zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Tabaksteuererhöhung der Reichsregierung gegenüber der wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter.

Referent M o l l e n b u r h: Es gibt im Deutschen Reich kein Gewerbe, welches unter dem Vorurteil der Reichsregierung so zu leiden hat wie die Tabakindustrie. Jede Finanzkraft soll vom Tabak geheilt werden. Weil schon Bismarck die Besteuerung des Tabaks betrieben hatte, glauben auch die heutigen Staatsmänner es zu müssen. In keinem der Monopolländer, ja, nicht einmal in diesen zusammengekommen, sind so viel Tabakarbeiter wie in der deutschen Tabakindustrie beschäftigt. Allmählich sind die Verhältnisse der deutschen Tabakarbeiter gleich denen der schlesischen Weber geworden. Wenn der Staat in finanziellen Nöten war, so sollte der Tabak heran. Die Militärlasten des Reichs haben sich fürchterlich vermehrt, auch andere Ausgaben, wie z. B. Kolonialforderungen, sind endlos gestiegen. Unter diesen Umständen muß natürlich nach neuen Steuerquellen gesucht werden. Schon Bismarck stand auf dem Standpunkt, daß Steuern, wenn sie etwas einbringen sollten, von den Gebrauchsartikeln der großen Masse erhoben werden müssen und daß Steuern von den Gebrauchsartikeln der Reichen nichts einbringen. Die Reichen nicht zu begnügen der Flottenvermehrung usw. zu machen, ist ein Grund, die Besteuerung der Reichen möglichst zu unterlassen. Nie haben z. B. die Tabaksteuer nach Vermehrung von Meer und Flotte verlangt, aber sonderbarerweise sind sie die ersten, welche zahlen sollen. Den Großgrundbesitzern vor allem glaubt man alle Möglichkeiten in der Besteuerung der Lebensmittel gewähren zu müssen, um ihre Ansprüche zu erhöhen und ihre Existenz zu verbessern.

Es wird nun von der Regierung behauptet, daß durch die Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabakzolls vom Jahre 1879 die Industrie nicht geschädigt worden ist. Man wundert sich, daß gerade aus Interessententreisen deshalb die intensive Agitation gegen die Steuer herrührt. Ja, wenn die Interessenten überzeugt wären, daß vielleicht die Steuererhöhung nur veranlaßt, daß der einzelne hin und wieder eine Zigarre weniger rauchen würde, so ginge es noch, aber selbstverständlich bringt sie eine ganz bedeutende Einschränkung des Konsums. Leider können wir dieses in Deutschland nicht ziffernmäßig beweisen. Aber durch die Erhöhung der Tabakpreise in Frankreich im Jahre 1872 von 9 auf 11,50 Franc zeigte sich im Gegenjahre 1869, daß der Verkauf von 30,6 Millionen Kilogramm auf 27 Millionen Kilogramm gesunken war, trotzdem der Staat glaubte, 77 Millionen Franc mehr dadurch herauszuschlagen zu können. Man darf sicher annehmen, daß wir den Konsum der Reichen nicht einschränken. Dieselbe Summe, welche durch die Steuererhöhung erzielt wird, würde wahrscheinlich aufgebracht worden sein, wenn die Erhöhung nicht eingeführt worden wäre.

Nun ist es sonderbar, daß nach der Steuer- und Zollerhöhung von 1879 die Fabrikanten die Preise für die Fabrikate nicht erhöhten. Da nun die Fabrikanten nicht so patriotisch sind, die Steuer aus ihre Tasche zu zahlen, dieses auch vielleicht nicht können, so wurde die Steuer durch Verkürzung des Arbeitslohnes herausgebracht. So zahlten die 15 größten Hamburger Firmen an Löhnen 1878 für 100 760 000 Zigarren 1 831 234 Mk., das macht im Durchschnitt pro Tausend 18,17 Mk., dagegen 1893 für Normarbeit 8-9 Mk., und für Handarbeit 9-12 Mk. pro Tausend, allerdings wurde jetzt die meiste Arbeit in Westfalen gemacht.

So zog man nicht nur den Arbeitern die Steuer vom Lohne ab, sondern man konnte noch die Spesen für die Verlegung der Fabriken herauszuschlagen. Man suchte das ganze Deutschland nach billigen Arbeitskräften ab; allerdings gingen die Hamburger und Bremer Arbeiter nicht nach dem fremden Ort, denn dort wurden neue Kräfte angelehrt, sie mußten ins Ausland.

Wer die Agitation der 70 er Jahre in unserem Gewerbe kennt, weiß, daß die billige Gefängnisarbeit als das Uebel hingestellt wurde, aber nach der Steuererhöhung von 1879 sehen wir, daß in bestimmten Gegenden (badischer Schwarzwald usw.) die Arbeit billiger geliefert wird, wie in den Gefängnissen. So zahlte eine Firma in Altona im Gefängnis 6 Mk. pro 1000, während in Baden Löhne von 4,20-5,60 Mk. gezahlt werden.

Während 1878 in Baden 8224 Tabakarbeiter beschäftigt wurden, waren es 1882 11 541, 1892 24 056, 1904 34 949.

Diese Steigerung hat aber auch den Einzug der Tuberkulose in jenen Gegenden zur Folge gehabt. Die Verbeibaltung der bäuerlichen Lebenshaltung mußte dieses befördern. Der Prozent-

satz der Tuberkulose ist im badischen Schwarzwald größer, als wie der Durchschnitt bei den Tabakarbeitern überhaupt. Es fehlt eben an einer rationellen Ernährungsweise.

Dann muß in Betracht gezogen werden, daß auch das Sozialgesetz eine verschärfende Wirkung auf die Herabsetzung der Löhne der Tabakarbeiter hatte, indem durch Verbot der Arbeitervereine die Ermäßigung der Löhne ohne große Kämpfe durchgeführt werden konnte.

Aber wenn Steuererhöhung einen Rückgang der Arbeiterverhältnisse zur Folge haben, so kann eine Steuerermäßigung auch das Gegenteil bewirken. Allerdings passiert so etwas nicht in Deutschland, doch haben wir es in Amerika gehabt.

Wenn die Flottenschwärmer soviel Patriotismus üben wollten, wie die Tabakarbeiter ihn durch Zahlen der Steuer zeigen sollen, so müßten sie umsonst Zigarren machen.

Redner gibt eine Uebersicht über die geforderte Steuer- und Zollerhöhung.

Ich will nicht bestreiten, daß Tabak kein Genußmittel ist, obgleich ich noch keinen gesehen habe, der sich vom Tabakessen ernährt hat, aber wenn nach den Motiven der Tabakgenuß schädlich sein soll, dann mußte er konsequenterweise verboten werden. In Wirklichkeit muß der Staat ein Interesse an möglichst großen Verbrauch haben. Uebrigens für die Tabakarbeiter ist dieses auch gleich, sie ernähren sich so gut in der Tabakindustrie, wie der Bäcker beim Brotbacken.

Von einer Fabriksteuer will ja die Regierung absehen, weil sie glaubt, eine Wertsteuer würde namentlich die unteren Klassen zu sehr treffen.

Nach der gegenwärtigen Vorlage würde man aber weit über die amerikanische Wertsteuer hinausgegangen sein. Doch die geplante Zigarettenpapiersteuer ist ja eine Fabriksteuer. An sich ist diese Steuer eine äußerst hohe. Man will aber vor allen Dingen einmal zunächst den Organismus der Fabriksteuer haben, um dann auf denselben weiter bauen zu können. Wenn auch in den Motiven durch die Steuer ein Rückgang des Verbrauchs der billigen Sorten zugegeben wird, so muß man unbedingt fragen, wo bleiben diejenigen, welche diese Sorten herstellen? Unsinnig ist es, wenn in den Motiven gesagt wird, die billigeren Sorten könnten ja nach altem Preis verkauft werden, dagegen sollte die Steuer auf die besseren Sorten aufgeschlagen werden; ich möchte mal den sehen, der beim Kauf einer Zigarette im Preise von 2,75 Mk. pro Mille, indem er weiß, daß die Steuer 3 Mk. beträgt, nicht glaubt, der Fabrikant hat den Staat betrogen, oder auch die Käufer besserer Sorten würden sich einfach weigern, den erhöhten Preis zu zahlen. Was würde die Regierung sagen, wenn wir vorschlagen würden, daß bei der Erbschaftsteuer die Steuer auf kleinere Erbschaften von den Erben eines größeren Erbgutes mit getragen werden sollten.

Wie steht es denn mit den Folgen der Steuer bei den in der Industrie Beschäftigten in bezug auf die Arbeitslosigkeit? Beschäftigt werden gegenwärtig etwa 200 000 Arbeiter in der Tabakindustrie und den Nebenberufen. Da nach meiner sachmännischen Berechnung ein Rückgang des Konsums von 14 Prozent eintritt, so werden 28 000 Arbeiter brotlos. Hinzu kommt aber, daß durch die Arbeitslosigkeit ein großer Lohndruck eintritt. Es ist nicht möglich, daß die Tabakarbeiter in andre Berufe eintreten können, das gibt auch die Regierung in den Motiven zu. Vielleicht wird man noch gar billigere Produktionsgebiete finden als wie wir sie jetzt haben. v. Stengel behauptete, daß auch in Baden die Löhne der Tabakarbeiter gestiegen sind. Das mag sein. Aber die Anforderungen an die Arbeiter sind erheblich mehr gestiegen. Es könnten nur die Durchschnittslöhne gestiegen sein, ohne daß der Individuallohn gestiegen ist. Das ist nun tatsächlich der Fall in Baden. Hier waren 1889 von 18 737 Arbeitern 4215 jugendliche, gleich 22,5 Prozent, 1904 unter 34 765 Arbeitern 4035 jugendliche, gleich 11,6 Prozent. Wenn nun die Zahl der Lehrlinge 50 Prozent höher ist als die der jugendlichen Arbeiter, so sind 1889 20 Prozent Hilfsarbeiter, 33,75 Prozent Lehrlinge, und 46,25 Prozent Zigarettenarbeiter, dagegen 1904 Hilfsarbeiter 20 Prozent, Lehrlinge 17,4 Prozent, und Zigarettenarbeiter 52,6 Prozent. Hundert Lehrlingen standen 1889 137 und 1904 359 Zigarettenarbeiter gegenüber. Der durchschnittliche Zugang pro Jahr ist etwa 2000, und wenn wir zunächst eine große Anzahl Lehrlinge sehen, so haben wir aber schließlich immer mehr ausgebildete Personen, welche natürlich auch einen höheren Individuallohn beziehen. Nehmen wir für einen Lehrling den Lohn von 5 Mk. an und für einen Ausgelernten 10 Mk., so ergibt es einen Durchschnittslohn von 7,44 Mark im Jahre 1889 und von 8,84 Mk. im Jahre 1904, also eine Steigerung des Durchschnittslohns von 18,8 Prozent, ohne daß der Individuallohn gestiegen ist.

Glauben sollte man nun, daß unter den Tabakarbeitern eine Erhöhung des Lohnes versucht würde, und dieses gerade in den schlechtesten Gegenden, aber davon hindert uns gerade die Regierung mit ihren Steuerplänen. Bei der Zollberatung hielt Bülow eine große Rede und hielt es für ungesund, daß sich die Industriebevölkerung so sehr vermehrt hat. Im Grunde genommen ist die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter konstant geblieben, und das mußte sie, denn der zur Verfügung stehende Boden hat sich nicht vermehrt, dagegen ist die Technik wesentlich fortgeschritten. Aber der ganze Plan der Steuererhöhung paßt in das Junkersystem, nach welchem es notwendig ist, daß Zehntausende der Industriebevölkerung verhungern. Ueberall geht die Wissenschaft vor, um die Tuberkulose zu verhindern, aber wenn man Prämien aussetzt, wie man die Tuberkulose verbreitet, der Macher der Tabaksteuererhöhung müßte unbedingt prämiert werden.

Und wie redet man von der Sittlichkeit. Durch die Zigarettensteuer z. B. würde auch der Zigarettenfabrikant von der Großstadt nach dem Lande getrieben, doch die Arbeiterinnen würde er nicht mitnehmen und sie würden zum guten Teil der Prostitution anheimfallen.

Ich glaube ja, daß die Tabaksteuer abgelehnt wird, bei der Zigarettensteuer habe ich diese Hoffnung leider nicht. Wir müssen unter allen Umständen verhindern, daß es zur Fabriksteuer kommt. Es muß Aufgabe der Tabakarbeiter sein, gestützt auf ihre gewerkschaftliche Organisation, die Folgen jeder etwa kommenden Steuer- oder Zollerhöhung abzuwenden. Die Tabaksteuer in der Form von 1879 ist nun bereits nahezu 20 Jahre von den Arbeitern mit schweren Folgen getragen worden und sie haben begriffen, worum es sich handelt. Aber auch dann, wenn die Steuererhöhung nicht angenommen werden sollte, dann müssen die Tabakarbeiter zeigen, daß sie zusammenhalten müssen, daß sie ihre ganze Kraft aufwenden müssen, um sich ihre gegenwärtige Lebenslage zu erhalten oder sich eine bessere zu erringen und künftige Pläne zurüdzubringen. Wenn die jetzige Vorlage die Tabakarbeiter aufgeschreckt habe, für ihre Lage nicht nur im Augenblick, sondern auch dauernd energischer zu kämpfen wie bisher, so habe sie wenigstens etwas Gutes gehabt. (Lebhafte Beifall.)

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Tabakarbeiter in Ravensik, in welchem sie mitteilen, daß es ihnen ihres geringen Verdienstes wegen nicht möglich war, einen Delegierten zu schicken, doch halten sie zu den Beschlüssen der deutschen Tabakarbeiter und protestieren mit diesen energisch gegen jede Mehrbelastung des Tabaks

Von den eingeladenen Reichstagsabgeordneten sind bis jetzt erschienen die Sozialdemokraten v. Elm, Mollenhuth und Köpfen.

Zur Diskussion erhält das Wort v. Elm: Es sei zweifellos die Absicht der Regierung bei der Vorlage gewesen, eine Zersplitterung unter den Tabakinteressenten herbeizuführen; besonders habe man geglaubt, die Tabakplanzer einzufangen zu können, und warf ihnen als Köder gewisse Konzessionen zu, indem man es ihnen namentlich möglich machen wollte, noch vor einer Steuererhöhung ein gutes Geschäft zu machen. Glücklicherweise sind die Tabakplanzer darauf nicht hineingefallen. Aber so scheint doch durch die Unterlassung eines Sperrgesetzes die Wirkung erzielt werden zu sollen, den großen und leistungsfähigen Fabrikanten einen wirtschaftlichen Vorteil zuzuwenden, vielleicht in der Absicht, sie als Freunde für die Vorlage zu gewinnen. Die mittleren und kleinen Fabrikanten können nicht so große Quantitäten Tabak einkaufen; auf diese Weise werden die Großfabrikanten eine unheimliche Konkurrenz entfalten, viele Kleinfabrikanten werden bankrott werden, ein Erfolg, den die Regierung beabsichtigt und den sie braucht, um ihrem Lieblingswunsch, dem Monopol, näher zu kommen. Es ist im höchsten Grade anerkennenswert, daß in dem Kampfe gegen die Steuererhöhung sich die Interessenten der Zigarettenfabrikation einig sind, herrscht doch gegenwärtig eine gewisse Harmonie dort, wo sich sonst die Gegensätze scharf ausprägen, aber vergessen dürfen wir nicht, daß nach Aussage des Schatzsekretärs einer der größten Zigarettenfabrikanten sich für die Erhöhung der Tabaksteuer ausgesprochen hat.

Dem Schatzsekretär ist es aufgefallen, daß auch die süddeutschen Interessenten sich gegen die Vorlage erklären; das läßt sich aber wohl begreifen, denn man dürfe doch nicht annehmen, daß nach Bewilligung der Vorlage die ganze Fabrikation von süddeutschen Fabrikanten betrieben wird, sondern es wird nach wie vor, und vielleicht dann erst recht, der norddeutsche Fabrikant verschoben, seine Produktion nach dem Süden zu verlegen und so den Süddeutschen Konkurrenz machen. Es geht nicht an, wenn von seiten der Regierung zur Begründung so oft die Verhältnisse der Tabakindustrie in andern Staaten angeführt wird, man muß doch bedenken, daß die Zahl der Beschäftigten in Deutschland in unserer Industrie größer ist, wie in den übrigen Ländern Europas zusammengenommen. Redner erläutert nunmehr die Stellung der verschiedenen Fraktionen des Reichstags zu der Vorlage, er wähnend, daß besonders die Zentrumsfraktion, welche ja die Militär- und Flottenvermehrung zum guten Teil auf dem Gewissen habe, verschiedene Versuche, durch Stellung von Anträgen etwas zu retten von der Vorlage, aber alle Vorschläge haben selbst bei der Regierung keine rechte Gegenliebe gefunden, denn sie brächten einfach nicht genügend ein.

Uebrigens würde uns durch Annahme der Vorlage sogar eine wesentliche Konkurrenz, namentlich von Holland her, werden, denn die dortige billige Fabrikation würde nach Erhöhung der Steuer in der Lage sein, die deutschen Preise zum Teil zu unterbieten.

Wenn das Zentrum beim Flottengesetz den § 6 geschaffen hat, nach welchem die schwachen Schultern nicht belastet werden sollen, so ist bei der Tabaksteuererhöhung und der Zigarettensteuer diesem Prinzip keine Rechnung getragen worden. Leider sind es gerade die Zigarettenfabrikanten gewesen, welche der Regierung Wasser auf die Mühle geliefert haben, sie haben sich zwar gegen die Papiersteuer gewehrt, waren dafür aber bereit, einen Zoll von 100 Mk. pro Doppelzentner zuzugestehen. Auch sie scheinen zu beabsichtigen, die Zollerhöhung auf ihre Arbeiter abzuwälzen.

Aber man denke nun einmal die Lohnverhältnisse der Tabakarbeiter. Im Jahre 1893 betrug der Durchschnittslohn eines Tabakarbeiters 508,28 Mk. jährlich, 1904 dagegen 526 Mk., in derselben Zeit aber sind die Löhne der Arbeiter in Deutschland überhaupt von 651,13 Mk. auf 813 Mk. gestiegen. Und weiter bedenke man die riesige Steigerung der Preise für sämtliche Verbrauchsartikel. Ich behaupte, daß die Lage der deutschen Tabakarbeiter gegenwärtig schlechter ist, wie 1893. Ein großer Teil derselben wird heute schon vom Kapitalismus dahingerafft, das wird nach Inkrafttreten des Zolltarifs noch schlimmer.

Wenn nun auch die Vorlage nicht Gesetz wird, so wird sie aber bewirkt haben, daß eine Krise in der Tabakindustrie eintreten wird, und doch haben wir noch nicht einmal die Folgen der Steuer von 1879 überwunden. Aber wir sollen nicht glauben, daß es kein Mittel gibt, trotzdem dem Kampf gegen die Verschlechterung unserer Lage zu führen, und das ist die Organisation, diese muß besser gepflegt werden wie bisher, dann wollen wir alle mit Kräften versuchen, unsere Lage zu verbessern. (Lebhafte Beifall.)

Schmidt-Berlin (Zigarettenarbeiter): Eine der kräftesten Ungerechtigkeiten ist wohl die geplante Steuer auf Zigarettenpapier. Man gibt vor, um die Volksgesundheit zu heben, alles zu tun, und auf der andern Seite schafft man Gesetze, welche in die Erwerbsverhältnisse gewisser Arbeiterkategorien derartig eingreifen, daß deren Gesundheitsverhältnisse ruiniert und die weiblichen der Prostitution überliefert werden.

Durch die geplante Zigarettensteuer wird die Industrie in einer Weise kontrolliert werden müssen, daß es einer Polizeiaufsicht gleichkommt. Schon die scharfen Strafbestimmungen müssen den Reichstag veranlassen, die Vorlage abzuweisen. Redner schildert dann die Verhältnisse bei der Zigarettenfabrikation und bezeichnend die Löhne in dieser als absolut unzulänglich. In Berlin sehen wir im Höchstfalle Löhne von 15-18 Mk., im Durchschnitt etwa 600 Mk. jährlich bei 280 Arbeitstagen, während sie in andern Orten Deutschlands noch niedriger sind. Nicht nur bei der Zigarettenfabrikation ist Heimarbeiter zu finden, nein, auch bei der Herstellung von Zigaretten findet die Heimarbeiter mehr Eingang, und hier ist die Hauptquelle des Elends zu suchen; da werden Frauen und Kinder unter den denkbar ungünstigsten Ernährungs- und Wohnungsverhältnissen bis in die späte Nacht hinein beschäftigt. Die Zigarettensteuer würde unter solchen Umständen einfach verheerend auf die Arbeiter wirken, und deshalb in den Ort mit ihr. (Beifall.) Schluß der Vormittags-sitzung.

### Nachmittags-sitzung.

Fortsetzung der Diskussion über den 2. Punkt der Tagesordnung.

Der Vorsitzende Börner teilt mit, daß der Delegierte Geilert-Döbeln abgereist ist, doch hat derselbe seinen Bericht schriftlich an den Kongress gelangen lassen; aus demselben geht hervor, daß sich in Döbeln 27 größere und kleinere Fabriken befinden. Beschäftigt sind zirka 1100 Arbeiter, zwei Drittel davon sind Heimarbeiter. Der Lohn schwankt bei Normarbeit zwischen 5-12 Mk., bei Handarbeit zwischen 12-18 Mk.; Zurückhaltung muß der Arbeiter liefern, ebenso muß der Arbeiter selbst die Widel machen. Von der Arbeit in der Fabrik vermag sich keiner zu ernähren, es wird deshalb bis in die Nacht hinein noch im Hause gearbeitet. Die Kinder müssen von der frühesten Jugend an mitarbeiten. Die Arbeitsräume sind durchaus mangelhaft, meistens wird darin gekocht, gewaschen und zum Teil geschlafen.

Hehle-Bremen (Rautabakarbeiter): Die Belastung, die die Vorlage der Rautabakindustrie bringt, ist eine enorme. Der Rautabak wird von den Arbeitern konsumiert, welche am schwersten schaffen müssen. Für diese Lastträger der Industrie



zu Lande nötig werdenden Mehrausgaben auf die Schultern derjenigen legt, zu deren Schutz und auf deren Verlangen diese Rüstungen gemacht werden, auf die Schultern der besitzenden Klassen, durch Einführung direkter Reichssteuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft."

**Kaiserlautern.** Am 22. Januar fand im Saalbau zu Kaiserlautern eine öffentl. Protestversammlung wider die geplante Tabaksteuer statt. Die Versammlung war zahlreich besucht. Referent war Kollege Kron-Speier (Wfalz). Der Referent wies am Schlusse seines Vortrages darauf hin, daß am 29. Januar ein öffentlicher Tabakarbeiterkongress in Berlin stattfindet und ermahnt die Anwesenden, wenn es gelungen sei, die Vorlage zu Falle zu bringen, solle man bedenken, daß dies dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband zu danken sei und seinen Dank dadurch abstätten, daß sich sämtliche in den Verband aufzunehmen lassen. Die eingegangene Resolution, die im Sinne des Referates gehalten war, fand einstimmige Annahme. Der Kollege Gauleiter J. Kron wurde einstimmig als Delegierter zum Kongress gewählt.

**Karlsruhe.** Protestversammlungen zur Bekämpfung der Tabaksteuer fanden im Bezirk Bruchsal und Karlsruhe in folgenden Orten statt: Odenheim, Unterörsheim, Forst, Mingsolsheim, Waden-Baden, Bruchsal, Eszenz, Söllingen. Referenten waren Bauer, Wolf und Weinleder. In Mingsolsheim konnte von unserer Seite keine Versammlung abgehalten werden, weil für den gleichen Sonntag schon eine Versammlung der Christlichen einberufen war. Dem Kollegen Wolf, der auch in diese Versammlung ging, wurde trotz der Befanntgabe, daß freie Diskussion stattfindet, das Wort nicht erteilt. Erst auf energischen Einspruch einiger Kollegen ist es dem Genossen Wolf gelungen, das Wort zu bekommen. Er führte den Anwesenden klar und deutlich die Unterschiede dieser beiden Gewerkschaften vor Augen und erntete reichen Beifall am Schlusse seiner Ausführungen. Alsdann gingen einige Kollegen mit Wolf in ein andres Gasthaus, und dort erklärte er ihnen das Bestreben des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Diese Kollegen gaben auch das Versprechen ab, in der nächsten Versammlung eine Zahlstelle des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zu gründen. Das muß die Herren im christlichen Lager sehr in die Walle gebracht haben, denn sie ließen im Bruchsaler Boten einen Artikel los, der die Kampfesweise dieser Herren kennzeichnet. Wenn ihnen keine andern Mittel zur Verfügung stehen als solche, sind sie zu bedauern. Auch wurden die „Herren von Karlsruhe mit ihren roten Krawatten“ zu der am Sonntag in Kronau stattfindenden Versammlung eingeladen, dort würden sie sehen, daß sie die Christlichen nicht beeinflussen könnten. Was diese Aufforderung anbetrifft, können wir den Herren mitteilen, daß, wenn „die Herren mit den roten Krawatten“ nicht schon anderweitig Zusage gemacht hätten, wären sie sicher nach Kronau gekommen. Dort hätte man das Anstandsgefühl dieser Herren vielleicht noch besser kennen gelernt. Es wird schon die Zeit kommen, wo wir abermals die Klinge kreuzen, dann wird sich zeigen, wer dem Gegner gegenüber anständig ist.

**Meißen.** Am 20. Januar fand im Restaurant zum Turmhaus eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung statt. Dieselbe war von der Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuer einberufen. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme zum Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands in Berlin. Der Obmann der Kommission, Kollege Urban Löffler, gab nach einem kurzen Ueberblick über die schlechten Lohrverhältnisse der deutschen Tabakarbeiter und erklärte noch einmal kurz die Wirkung einer so kolossalen Steuererhöhung. Er hielt die Entsendung eines Delegierten für äußerst notwendig. Da die Kassenverhältnisse nicht so rosig sind, kann die Kommission nicht empfehlen, einen Delegierten zu senden. In der Debatte sprachen sich verschiedene Redner dahin aus, sich von Dresden vertreten zu lassen. Die Kommission hatte sich mit den Kollegen von Großenhain und Köhlschroder in Verbindung gesetzt, um gemeinsam einen Delegierten zu entsenden. Die Kollegen in Großenhain hielten es für überflüssig, der Kommission eine Antwort zuzulassen. Von Köhlschroder sprachen sich fünf Kollegen für die Beschäftigung aus, wenn es nicht so viel koste. Inzwischen haben aber auch diese fünf Mann ihre Zusage zurückgezogen, weil ihnen der Delegierte nicht paßt. Nun, wir Meißner Tabakarbeiter werden auf jede Weisheit verzichten, wir sind opferfreudig und werden uns nicht scheuen, den noch fehlenden Beitrag aufzubringen. Bei der Abstimmung wurde Kollege Bruno Scherf als einziger einstimmig gewählt. Am die Tabakarbeiter Meißens richten wir die Worte, tretet ein in unsere Reihen und werdet Mitglieder des Verbandes. Den Mitgliedern rufen wir zu: Paktet fest am Verband, denn „Vereinte Kraft, Großes schafft“.

**Neustadt (Oberschlesien).** Am 13. Januar fand im Volksgartensaale eine Protestversammlung gegen die Erhöhung der Tabak- und Biersteuer statt, in welcher der Gauleiter M. Clement und Stadtvorordneter Genosse O. Schütz-Breslau referierten. Beide Redner kennzeichneten in markigen Worten den von seiten der Regierung geplanten Steuerfeldzug und hoben hervor, daß die Folgen, welche durch diese Steuererhöhung entstehen, in Oberschlesien von geradezu vernichtender Wirkung sein müssen. Denn die ober-schlesische Arbeiterschaft ist die am schlechtesten entlohnte. Der reiche Beifall, welcher beiden Rednern von den ca. 400 bis 500 Zuhörern spendet wurde, bewies, wie sehr ihnen dieselben aus dem Herzen gesprochen hatten. Eine Versammlungseinladung, welche an den Vertreter des Neustädter Wahlkreises im Reichstage, Herrn Stroda (Zentrum), ergangen, wurde weder beantwortet, noch kam derselbe der Einladung nach. Dieses Gebahren wurde dem Genossen Hanisch öffentlich gekennzeichnet. Kollege Ritter forderte alle Anwesenden auf, die kräftigste Agitation gegen diese Steuerausbeutung zu entfalten und nicht eher zu ruhen, bis der Wortschrei des Volkes auch oben berücksichtigt würde. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 13. Januar 1906 im Saale des Herrn Liebich tagende Protestversammlung gegen die Erhöhung der Tabak- und Biersteuer erhebt klammenden Protest gegen diese Mehrbelastung des Volkes. Sie erblickt in der Mehrbelastung dieser beiden Genussmittel eine Vergewaltigung der Industrie von seiten der Regierung, indem die erstere die Aufrechterhaltung der Kleinproduktion der Zigarrenbranche und die Vorkommnisse der darin beschäftigten Arbeiter bedeutet und zweitens entzieht die Erhöhung der Biersteuer der Bevölkerung Oberschlesiens, welche ohnehin schon in den gedrücktesten Verhältnissen lebt, das billigste Genussmittel in den Sommermonaten, das einfache Bier. Die Bevölkerung Oberschlesiens ist nicht imstande, die Lasten zu tragen, deshalb erucht die Versammlung den Abgeordneten des Wahlkreises Neustadt (O.-Schl.) Herr Stroda, im Reichstage gegen jede Mehrbelastung von Tabak und Bier zu stimmen.“

Einige Tage nach der Versammlung brachte das hiesige Zentrumsblattchen einen Bericht, in welchem diese Protestversammlung zu einer sozialdemokratischen Heberversammlung gemacht wurde, an welcher anständige Leute wie Herr Stroda nicht teilnehmen könnten, und zum Schluß wurden die Saalbesitzer aufgefordert, nie wieder einen Saal zu einer Versammlung herzugeben. Der Wortschrei der Entrechteten und Geknechteten soll also nicht gehört werden.

**Ottensen.** Mitgliederversammlung vom 16. Januar 1906 im Lokale Karlsruhe, Am Feld Nr. 5. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1905 betrug in Einnahme und Ausgabe je 7708.74 Mark. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2880.04 Mark und eine Ausgabe von 1216.06 Mark; bleibt ein Kassenbestand von 1663.98 Mark. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Schröder gibt die Reste bekannt, welche in diesem Quartal etwas gestiegen sind. Derselbe teilt dann noch mit, daß unsere Zahlstelle jetzt einen Bestand von 913 Mitgliedern hat, mithin im letzten Quartal wieder etwas zugenommen habe. Den Vorstandsbericht gibt Baymeier, aus welchem zu ersehen, daß das 4. Quartal sehr günstig abgechnitten hat, indem zirka 1000 Mark weniger

Krankenunterstützung ausbezahlt wurden. An 57 Mitglieder wurden 2111.60 Mark Krankengeld, am 4 Mitglieder 5.20 Mark Arbeitslosenunterstützung, an 1 Mitglied 10 Mark Wöchnerinnenunterstützung, an 3 Mitglieder 105 Mark Sterbegeld ausbezahlt. Es gingen auf dem Arbeitsnachweis 486 Arbeitergesuche ein. Arbeit wurde nachgewiesen an 262 Zigarrenarbeiter, 2 Zigarrenarbeiterinnen, 1 Wickelmacherin, 69 Zurichterinnen und 4 Zigarilloarbeiterinnen, in Summa 338. Davon waren 269 organisiert und 69 unorganisiert. Sodann rügt Redner den schlechten Versammlungsbesuch und erucht die Anwesenden, auf den Arbeitsstellen für einen besseren Besuch zu agitieren. Es erfolgten dann verschiedene Wahlen. Zum Ausschussmitglied für den Deutschen Tabakarbeiterverband wurde Bergs gewählt. Zu Bevollmächtigten wurden Baymeier als 1., Ramm als 2. und Struhlen als 3., zu Revisoren Behmüller, Schröder und Liebermann gewählt. Es liegt sodann ein Antrag der Ortsverwaltung vor, den Voten auf unbestimmte Zeit zu wählen, weil dies im Interesse des Verbandes liege. Der Vote könne dann besser agitieren und brauche nicht Rücksicht auf seine Erfindung zu nehmen. Diesem Antrag wird zugestimmt und Weisner zum Voten, Jensen zum Vizeboten gewählt. Baymeier gibt den Kartellbericht. Neben andern Mitteilungen gibt derselbe auch einen kurzen Bericht über den im Kartell gehaltenen Vortrag über gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung. Er verweist auf den ausführlichen Bericht, welcher im Hamburger Echo gestanden, so daß es sich für ihn erübrige, noch näher darauf einzugehen. Jeder, der sich für den Vortrag interessiere, könne sich in dem Bericht informieren. Redner verliest dann noch eine vom Kartell hierzu eingebrachte Resolution und wünscht, daß ein kampfesmutiger Geist in die Arbeiterschaft einziehe. Zu Verschiedenes weist Baymeier dann noch auf die reichhaltige Bibliothek des Hamburg-Altonaer Kartells hin, wovon ein Verzeichnis der Schriften in den Sprechstunden bei ihm einzusehen sei.

**Fölsig (S.-A.).** Am 19. Januar tagte im Friedrich Gertrudischen Restaurant unsere Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure; 3. Bericht von der Erfurter Konferenz; 4. Erläuterung verschiedener Paragraphen des Statuts; 5. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde von den Kontrollleuren geprüft und für richtig befunden und darauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Wahl wurden die Kollegen Esche als erster, Friz Saupé als zweiter und O. Diezmann als dritter Bevollmächtigter einstimmig gewählt; als Kontrollleure Ernst Peißter, Selma Jergiebel und Karl Saupé. Ueber Punkt 2 gab der zweite Vorsitzende einen sachlichen und verständlichen Bericht über die Erfurter Konferenz. Weiter gab derselbe zu Punkt 4 über verschiedene Paragraphen des Statuts eine ausführliche Erläuterung.

**Potsdam.** Hier hatten die Kollegen am 25. Januar eine öffentliche Versammlung einberufen mit der Tagesordnung: Protest gegen die geplante Tabaksteuer, zu welcher Reichstagsabgeordneter Genosse G. Wolfenbutz das Referat übernommen hatte, für das ihm am Schlusse lebhafter Beifall gesollt wurde. Dann verlas Kollege Flohr einen Brief an den Reichstagsabgeordneten des Potsdamer Wahlkreises, Herrn Pauli, worin dieser zur heutigen Versammlung eingeladen war; es wurde konstatiert, daß besagter Herr keine Zeit gefunden hatte, zu erscheinen. Kollege Kiesel fordert die anwesenden Kollegen auf, treu und fest zur Organisation zu stehen; besonders die Kollegen Nowakow-Newendorfs haben sich in letzter Zeit gänzlich zurückgezogen. Mit einem Appell, fleißig die Arbeiterpresse zu lesen, schloß der Vorsitzende die gut (von zirka 300 Personen) besuchte Protestversammlung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, den 25. Januar 1906, im Lokale des Herrn Hartmann stattfindende öffentliche Protestversammlung erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen alle indirekten Steuern und protestiert gegen jede Belastung des Tabaks. Da die geplante Tabaksteuererhöhung nicht nur die Konsumenten, sondern insbesondere die Tabakarbeiter schädigt, erklärt die Versammlung es für die Pflicht jedes Reichstagsabgeordneten, gegen die Tabaksteuer zu stimmen.“

**Rehme i. W.** Am 21. Januar fand hier im Saale der Erben Köbke eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt, welche sehr stark besucht war. Stundenweit kamen die Scharen angeströmt, bis sich zirka 600 Personen, Männer und Frauen, zusammengefunden hatten, um kundzugeben, welche eine vernichtende Wirkung die Mehrbelastung des Tabaks haben muß. Als Referent war Kollege Otto Antrick-Berlin erschienen, und führte in etwa anderthalbstündigem Vortrage der Versammlung das ganze Steuerhystem sowie die neuen Steuerpläne der Regierung vor Augen, daß manchem uns noch fernstehenden ein Licht aufgegangen sein muß. Zum Schluß hob Redner dann noch hervor, daß die Tabakarbeiter zum großen Teil die Schuld selbst träge, daß die Regierung immer und immer wieder mit neuen Steuern auf Tabak an sie herantrete. Wären so viele Arbeiter organisiert, wie noch nicht organisiert sind, dann hätte die Regierung es nicht gewagt, mit solch einer Mehrbelastung des Tabaks an sie heranzutreten. Aber dies Verjämte könne nachgeholt werden, indem sie dem Deutschen Tabakarbeiterverband mit beitreten; tun sie das nicht, dann werden sie zu Verrätern an ihren eignen Familien. Daß die schwingvolle Rede des Referenten ihre Wirkung nicht verfehlt hat, konnte man ersehen an den Aufnahmen, die gemacht wurden zum Tabakarbeiterverband und an dem drohenden Beifall, mit dem Redner am Schluß seiner Rede belohnt wurde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige hier im Saale der Erben Köbke stattfindende Tabakarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden und protestiert ganz entschieden gegen jede Mehrbelastung des Tabaks und erklärt, daß den ohnehin sehr karglich lebenden Tabakarbeitern mit dieser Steuer der Todesstoß versetzt würde. Gleichzeitig erklärt die Versammlung sich gegen jede indirekte Steuer, die doch nur hauptsächlich von den Besitzlosen getragen werden müssen; sie empfiehlt statt dessen eine direkte Reichsteuer auf Vermögen und Einkommen; ferner erblickt die Versammlung in der Sozialdemokratie die geeignetste Partei, die ihre Interessen vertritt und alle diese ungerechten Steuern ganz energisch bekämpft.

**Ronneburg (S.-A.).** Die am 20. d. Mts. im Fürstenteller von der hiesigen Kommission einberufene öffentliche Volksversammlung, welche von über 200 Personen besucht war, nahm folgende Resolution an: „Die am 20. Januar 1906 in Ronneburg tagende öffentliche Volksversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die seitens der deutschen Reichsregierung geplanten neuen Reichssteuern. Die Versammlung gibt ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß jede Erhöhung des Zolles, wie der Steuer, eine schwere Schädigung der gesamten Industrie zur Folge haben muß. Allein die Annahme der neuen Tabaksteuer vorlage wäre gleichbedeutend mit einer Vorkommnisse von zehntausenden Tabakarbeitern und Arbeiterinnen. Die Versammlung erwartet daher, daß der Reichstag eine solche Verantwortung nicht auf sich nehmen wird, und erhoffen die bestimmte Ablehnung sämtlicher das Volk belastenden neuen Steuern.“ Das Referat hatte Kollege Karl Schulze-Weipzig; er schilderte uns die Lage der deutschen Tabakarbeiter seit dem Jahre 1879 bis heute, und legte uns klar, wie es uns ferner unter den Verhältnissen der neuen Reichsteuerpolitik der Regierung ergehen würde. Redner wies ferner darauf hin, daß, wenn wir eine geschlossene Organisation hätten, sich die Regierung gar nicht erlauben würde, mit derartigen Gesetzentwürfen zu kommen, und forderte die noch nicht dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande Angehörigen auf, sich möglichst bald anzuschließen.

**Schönlank.** Am 12. Januar tagte eine zweite Versammlung, die sich mit der Tabaksteuer und ihren Folgen beschäftigte. Die Referentin, Frau Hedwig Kiesel-Berlin, schilderte die drohenden Gefahren, welche die von der Regierung in Aussicht genommene Tabaksteuer mit sich bringt. Stürmische Draborufe löhnten

die Referentin für ihren ausgezeichneten Vortrag. Es wurden zwei Resolutionen, welche energischen Protest gegen die Steuer enthielten, von der Versammlung einstimmig angenommen. In der Diskussion wurde das Verhalten der Polizei gegenüber unserm Vereinswirt, resp. die Gerabsetzung der Polizeistunde einer scharfen Kritik unterzogen, Grund dessen sich der überwachende Beamte veranlaßt zu fühlen glaubte, die Versammlung aufzulösen. Infolge dieser Auflösung tagte am 13. Januar, abends 6 Uhr, wieder eine Versammlung, welche noch stärker besucht war wie die vorhergehenden. Frau Kiesel referierte über den Einfluß der Arbeiterbewegung auf das Familienleben. Das Referat übte auf die Anwesenden eine eindringliche Wirkung. Anhaltender Beifall lohnte die Referentin für ihren trefflichen Vortrag. Mit einem dreimaligen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Im allgemeinen ist die Haltung der Streikenden eine gute zu nennen, trotz der abnehmenden Haltung unser Fabrikanten. Folgende Gelder sind noch eingelaufen: Am 16. Januar 1906 9.25 Mark durch J. Fehler, Schleiditz. Am 21. Januar 1906 3.85 Mark durch Otto Fehrmann, Ahlen. Am 22. Januar 1906 3.10 Mark durch Otto Köppl, Wilschwerda. Am 22. Januar 1906 3 Mark durch Otto Wolontarski, Kolberg. Allen Gebern besten Dank. Die Streikleitung.

J. A.: G. Wollermann, Wilschwerdastr. 23.

**Sprottau.** Am 12. Januar fand im Saale des Herrn Reichel eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage? 2. Wahl eines Delegierten zum Tabakarbeiterkongress in Berlin. Als Referent war Kollege Hugo Berle-Bremen erschienen. In einstündigem packendem Vortrage entlegte sich der Referent seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Versammlung. Reicher Beifall lohnte seine Ausführungen. Zu Punkt 2 wurde Kollege Gustav Langner per Affimation zum Delegierten zum Kongress in Berlin gewählt. Nachdem ergriff Kollege Gustav Langner das Wort. Er beleuchtete in scharfen Worten das Verhalten der Gewerkschaften, welche auch hier in Sprottau vertreten sind. Erst wenn die freien Gewerkschaften (von denen die meisten noch nicht lange existieren) sich reben, Uebelstände abzuschaffen, deren es hier auch nicht wenige gibt, rücken die Gewerkschaften die Schlafmütze von den Ohren und tun so, als ob auch sie daran gingen, diese Mißstände zu beseitigen. Zum Schluß führte Kollege Eberle den Mitgliedern die Notwendigkeit einer Umgestaltung unsres Verbandes vor Augen. Eine Erhöhung der Beiträge und eine geringe Gerabsetzung einzelner Unterstützungssätze war unbedingt nötig, um unserm Verbands den Charakter einer Kampforganisation zu mahnen. Redner ermahnt noch einmal die uns noch fernstehenden zum Anschluß an den Verband, damit dieser groß und stark werde und eine Macht bilde, mit der die Fabrikanten rechnen müßten. Vereint sind wir alles, einzeln nichts! Hierauf schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband die Versammlung.

**Sarel.** Die öffentliche Tabakarbeiterversammlung, die am 20. Januar im Lindenhof tagte, nahm nach einem eingehenden Referat des Herrn Gauleiters Blome aus Bremen folgende Resolution an: Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen jede Zollerhöhung auf Verbrauchsartikel, besonders auf Tabak und Bier. Die Versammlung fordert vom Reichstage, daß derselbe die von ihm der Regierung vorgelegten diesbezüglichen Gesetzentwürfe ablehnt und die für erhöhte militärische Rüstungen notwendig werdenden Mehrausgaben durch Einführung direkter Reichssteuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft aufzubringen sucht.

Ferner wurde beschlossen, sofort eine Protestliste zur Sammlung von Unterschriften in Umlauf zu setzen.

**Weida.** Die vom Vorstand des Arbeiterbildungsvereins einberufene öffentliche Versammlung war von etwa 300 Personen besucht, darunter viele Frauen. Genossin Köhler-Dresden sprach über das Thema: Warum müssen sich die Frauen am öffentlichen Leben beteiligen? In anderthalbstündigen, klaren, wirksamen Ausführungen wies sie nach, daß auch die Frauen alle Ursache haben, sich die ihnen gestohlenen Menschenrechte zurückzuerobern. Auch sprach sie über die Erhöhung der Tabaksteuer. Stürmischer Beifall lohnte die Rednerin für ihre vorzüglichen Worte. Auf die Anfrage bei unserm Reichstagsabgeordneten, wie er sich zur geplanten Tabak- und Zigarettensteuer stellt, ist folgende Antwort eingegangen:

Berlin, den 21. Januar 1906.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Antwortlich Ihrer Anfrage werde ich für die Zigarettensteuer und gegen die Tabaksteuer in jetziger Form stimmen.

Hochachtungsvoll

Paul Lehmann, M. d. R.

**Würzburg.** Am 14. Januar fand im Schneiders Keller eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1905, 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleure, sowie der Kartelldelegierten, 3. Kartellbericht, 4. Bericht über die bairische Landeskonferenz in Nürnberg, 5. Bericht der Tabaksteuerkommission, 6. Verschiedenes. Nachdem der Kassierer den Bericht über die Abrechnung gegeben hatte, wurde ihm auf Antrag einstimmig Decharge erteilt. Beim 2. Punkt wurden gewählt: Nam Hug als 1., Albert Schmidt als 2. und Peter Lützenburger als 3. Bevollmächtigter; Max Gemmerich, Ferdinand Steigleider und August Weher als Kontrollleure; Johann Gänzler und Leo Kraus als Kartelldelegierte und als Ersatzmann Johann Bauer. Hierauf erstattete Kollege Gänzler den Kartellbericht. Er hebt hauptsächlich hervor, daß die Gewerkschaftskartellkasse im letzten Jahre im allgemeinen gut abgeschlossen habe, daß auch im letzten Jahre die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften von 1300 auf 2300 gestiegen ist, so daß auch noch ein zweiter Arbeitervertreter angefügt werden konnte. Bezüglich der bairischen Landeskonferenz schilderte der Referent, Koll. Stumpf, in längeren Ausführungen den Lauf der dortigen Verhandlungen. Er führte den Anwesenden die Löhne der bairischen Tabakarbeiter vor Augen und betont, daß aber trotz der niedrigen Löhne die Arbeiter nicht zum Bewußtsein ihrer traurigen Lage kommen und es noch einer intensiven Agitation bedarf, um die Tabakarbeiter von Bayern und speziell diejenigen von Würzburg und Umgebung zu bewegen, dem Verbands sich anzuschließen. Kollege Hug kritisierte die Ausführungen unsres Gauleiters bei der Landeskonferenz in Nürnberg betreffs der hiesigen Tabaksteuerkommission, welche von den Unternehmern Beiträge zur Bekämpfung der Tabaksteuer angenommen hat. Er ist der Meinung, daß die hiesigen Tabakarbeiter sich nicht zu scheuen brauchen, von den Unternehmern Geld, welches doch nur von den Arbeitern abgeschöpft ist, anzunehmen. Alsdann berichtet Koll. Bauer über die Tätigkeit der Tabaksteuerkommission. Er hebt hervor, daß bereits in allen Ortschaften Unterfrankens, wo Tabakindustrie vertreten ist, Protestversammlungen gegen die geplante Tabaksteuer vorlage abgehalten wurden und in welchen überall Protest-Resolutionen zur einstimmigen Annahme gelangten. Redner bespricht dann auch das Verhalten einiger Zentrumsabgeordneter, bei welchen die Kommission vorgeschrieben hatte. Dieselben hätten keine bestimmte und bündige Antwort über ihre Stellung zur Tabaksteuer gegeben. Nachdem Redner noch die Anwesenden auf die öffentliche Protestversammlung, welche am 28. Januar, vormittags, im Guttenischen Garten stattfindet, aufmerksam gemacht hatte, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

**Zunsweier.** Am 7. Januar fand in der Linde hier eine Tabakarbeiterversammlung statt, einberufen vom Herrn Pfarrer

